



**Europäische Zusammenarbeit
auf dem Gebiet der wissenschaftlichen
und technischen Forschung
- COST -**

Sekretariat

**Brüssel, den 16. September 2003 (24.09)
(OR. en)**

COST 263/03

ZUSAMMENFASSUNG DER BERATUNGSERGEBNISSE

Betr.: 155. Tagung des Ausschusses Hoher Beamter vom 14. Juli 2003 in Brüssel

Zu Beginn der Tagung teilte der Vorsitzende mit, das sich die tschechische und die luxemburgische Delegation entschuldigen ließen.

Der Vorsitzende hieß den neuen nationalen Koordinator für Spanien, Herrn Esteban MANRIZUE REOL, im Ausschuss willkommen.

1. **ANNAHME DER TAGESORDNUNG**

Der Ausschuss nahm die in Fernschreiben Nr. 3176 vom 30. Juni 2003 wiedergegebene Tagesordnung an.

2. BILLIGUNG DER ZUSAMMENFASSUNG DER BERATUNGSERGEBNISSE DER 154. TAGUNG (Dok. COST 256/03)

Der Ausschuss billigte die Zusammenfassung der Beratungsergebnisse mit folgenden Änderungen:

Seite 4, erste Zeile: statt "einige Delegationen" muss es "die meisten Delegationen" heißen.

Seite 4, fünfte Zeile: statt "verschiedene Delegationen" muss es "einige Delegationen" heißen.

Seite 6, Nummer 11: Der erste Unterpunkt muss wie folgt lauten: "Der Vorsitzende schlug vor, den zwischen der Kommission und der EWS im Juli zu schließenden Vertrag auf einer eintägigen AHB-Tagung am 2. Juli in Brüssel zu erörtern."

3. INFORMATIONEN

– Informationen des italienischen EU-Vorsitzes

Im Namen des italienischen Forschungsministeriums unterrichtete Prof. Fedi den Ausschuss über die Tätigkeiten, die unter dem italienischen Vorsitz des Rates der EU auf dem Gebiet der Forschung vorgesehen sind (Anlage 2).

Die informelle Tagung des Rates (Wettbewerbsfähigkeit) am 11./12. Juli in Rom sei eine Gelegenheit für den Gedankenaustausch zwischen den Delegationen der EU und der beitretenden Staaten über das Programm des italienischen EU-Vorsitzes gewesen.

Formelle Tagungen des Rates (Wettbewerbsfähigkeit) sind für den 22./23. September und 10./11. November 2003 geplant. Der auf der Tagung des Europäischen Rates im März 2003 bestätigten Zielvorgabe, wonach 3 % des BIP für Forschungsinvestitionen aufgewandt werden sollen, wird besondere Aufmerksamkeit gewidmet, aber auch die offene Koordinierungsmethode und andere Tätigkeiten, mit denen im Rahmen des Lissabon-Prozesses die Entwicklung des europäischen Forschungsraumes gefördert werden soll, stehen auf der Tagesordnung.

– Informationen der Delegationen

Die griechische Delegation wies darauf hin, dass die Zusammenarbeit mit den Balkanländern eine der Prioritäten des griechischen Vorsitzes gewesen sei, und unterrichtete den Ausschuss über die Ergebnisse der Konferenz der Forschungsminister der EU und der Balkanländer vom 27. Juni. Auf der Konferenz sei ein Aktionsplan für FTE-Maßnahmen im Zusammenhang mit COST und anderen europäischen Initiativen zur Verbesserung der Vernetzung und der Zusammenarbeit angenommen worden. In ihrer nächsten Sitzung im September werde sich die SIG-Gruppe eingehend mit den weiteren Möglichkeiten für eine Zusammenarbeit auf diesem Gebiet befassen.

Die slowenische Delegation unterrichtete den Ausschuss über den ersten Kongress europäischer Mikrobiologen "EuroMicroDay2003", der Ende Juni 2003 in Ljubljana im Hinblick auf eine stärkere Beteiligung an verschiedenen europäischen Forschungsprogrammen und -initiativen stattgefunden hatte. Mehrere Vertreter der COST sowie des Technischen Ausschusses "Landwirtschaft, Lebensmittelwissenschaft und Biotechnologie" seien am Eröffnungstag anwesend gewesen.

– Informationen der Kommission

Der Vertreter der Kommission teilte mit, dass beabsichtigt sei, die Verträge mit den abgeordneten nationalen Sachverständigen für die fortgesetzte Übergangszeit zu verlängern. Die Delegationen wurden gebeten, dem auch auf nationaler Ebene nachzugehen.

4. ÜBERGANGSZEIT UND SACHSTANDSBERICHT ÜBER DIE COST-GESCHÄFTSSTELLE

– Vertragsverhandlungen zwischen der EWS und der Kommission

Der Vertreter der Kommission unterrichtete den Ausschuss über die Vertragsverhandlungen zwischen der Kommission und der EWS. Der zu schließende künftige Vertrag bestünde aus mehreren Teilen, wobei der erste Teil einen Zeitraum von 18 Monaten mit einem Haushalt von 22 Mio. Euro abdecke. Der AHB werde gebeten, dem als "Abbreviated Revised Proposal for a Grant: COST 2003 - 2007, First Part of Rolling Contract (up to December 2004)" vorgelegten überarbeiteten Vorschlag der EWS für einen technischen Anhang zuzustimmen. Dies wäre hilfreich für die Stellungnahme des Programmausschusses, die für einen förmlichen Beschluss der Kommission erforderlich sei.

Der Vertreter der EWS erklärte, dass mit dem Vorschlag versucht werde, sowohl den Bemerkungen des AHB als auch den Ergebnissen des Evaluierungsberichts Rechnung zu tragen. Grundlage des Vorschlags für die erste Vertragsphase sei die Obergrenze des Gesamthaushalts von 80 Mio. Euro zur Unterstützung von COST gemäß dem Beschluss des Rates und des Europäischen Parlaments über das Sechste Forschungsrahmenprogramm. Was die Halbzeitüberprüfung im Jahr 2005 betreffe, so könnten die dabei zu behandelnden Fragen von der EWS nicht ohne die volle Unterstützung des AHB beantwortet werden.

Die Verschiebung der ursprünglich für den 2. Juli anberaumten AHB-Tagung und die Verzögerung im Zeitplan wurden von einigen Delegationen (IT, PL, SE) bei der anschließenden Erörterung bedauert. Auch sei es schwierig, zu einem noch unfertigen Vertrag Stellung zu nehmen.

Was die gegenwärtig zur Kommission abgeordneten nationalen Sachverständigen betrifft, so schlug die norwegische Delegation in Bezug auf die menschlichen Aspekte vor, dass der AHB der EWS empfiehlt, das gesamte derzeitige Personal unter den derzeitigen Vertragsbedingungen in die neue COST-Geschäftsstelle zu übernehmen, und dass dieser Beschluss den Betroffenen so schnell wie möglich mitgeteilt wird.

Der Vorsitzende wies darauf hin, dass für Personalfragen die EWS zuständig sei und dass die EWS aufgrund der unterschiedlichen Rechtsstellung nicht dieselben Bedingungen wie die Kommission gewährleisten könne.

Auf Fragen der Delegationen hin erläuterte die Kommission die Regeln für einen speziellen Unterstützungsvertrag, denen zufolge nach wissenschaftsbezogenen und verwaltungsbezogenen Direktkosten getrennt werden müsse, während die so genannten indirekten Kosten durch einen üblichen Gemeinkostensatz von 20 % gedeckt seien. Rechenschaftspflicht und Haftung seien zwischen beiden Vertragsparteien zu regeln. Insbesondere die irische Delegation fragte nach der Rolle des AHB in dem Verfahren und wünschte hierzu weitere Rechtsberatung.

Was den Vorschlag betrifft, dem AHB eine Aufsichtsfunktion zukommen zu lassen, so vertraten mehrere Delegationen die Auffassung, dass mit einer Änderung der Arbeitsweise des AHB kein Abbau seiner Befugnisse als zwischenstaatliches Beschlussfassungsgremium der COST einhergehen dürfe. Nach Ansicht des Ausschusses sollte auf den nächsten Tagungen eine eindeutige Definition des Ausdrucks "Aufsicht" ausgearbeitet werden.

Die österreichische Delegation vertrat erneut folgende Auffassung: Da der Vertrag zwischen der Kommission und der EWS geschlossen werde, sei die Billigung des Ausschusses nicht weiter erforderlich, denn die Beschlüsse seien auf der jüngsten Ministerkonferenz gefasst worden. Sie beantragte ferner, ihre Erklärung in die Zusammenfassung der Beratungsergebnisse aufzunehmen (Anlage 3).

Im Anschluss an den Antrag der österreichischen Delegation bekundeten auch die französische, die ungarische, italienische und die portugiesische Delegation ihre Absicht, eine entsprechende schriftliche Erklärung vorzulegen (Anlage 3).

Der Vorsitzende zog abschließend folgende Schlussfolgerungen:

Der Ausschuss hat das Dokument der EWS ¹ zur Kenntnis genommen, das das Ergebnis der Verhandlungen zwischen der EWS und der Kommission ist und das in den technischen Anhang des zwischen der Kommission und der EWS zu schließenden Vertrags umgewandelt wird.

Der Ausschuss betont, dass alle relevanten Änderungen, die für die Funktionsweise der COST vorgeschlagen werden, dem AHB zur Entscheidung vorzulegenden sind.

Der Ausschuss empfiehlt der EWS, mit den abgeordneten nationalen Sachverständigen Verträge über den 31. Dezember 2003 hinaus zu schließen, deren Bedingungen nach Möglichkeit den derzeitigen Verträgen entsprechen.

Der Ausschuss betont, dass die Rolle aller Beteiligten so bald wie möglich zu klären ist.

Die Zustimmung des Ausschusses zu dem Vorschlag der EWS wird dem Generaldirektor der GD "Forschung" der Kommission, Herrn Mitsos, in einem Schreiben des AHB-Vorsitzes übermittelt.

¹ Es umfasst auch die auf der Tagung vereinbarten Änderungen (siehe Dok. COST 262/03).

5. ANTRÄGE AUF VERLÄNGERUNG DER LAUFZEIT VON COST-AKTIONEN

Der Ausschuss nahm die Entscheidung des Büros zur Kenntnis, die Anträge auf Verlängerung folgender COST-Aktionen zu billigen:

- COST A15: Reforming Social Protection Systems in Europe (6 Monate)
- COST A17: Small and Medium Enterprises, Economic Development and Regional Convergence in Europe (12 Monate)
- COST B12: Radiotracers for in vivo assessment of biological function (12 Monate)
- COST B15: Modelling during Drug Development (9 Monate)
- COST B17: Insulin resistance, obesity and diabetes mellitus in the elderly (12 Monate)
- COST B19: Molecular cytogenetics of solid tumours (12 Monate)
- COST 830: Microbial Inoculants in Agriculture and in the Environment (12 Monate)
- COST 845: Brucellosis in Animals and Man (12 Monate)
- COST 840: Bioencapsulation innovations and technologies (12 Monate)
- COST E15: Advances in the drying of wood (12 Monate)
- COST E20: Wood fibre cell wall structure (6 Monate)
- COST E22: Environmental optimisation of wood protection (4,5 Monate)

Der Ausschuss stimmte folgenden Empfehlungen des Büros zu:

- Zweite Verlängerung der COST-Aktion B14: Hyperbaric Oxygen Therapy (6 Monate)
- Verlängerung der COST-Aktion D14: Functional Molecular Materials (18 Monate)

In diesem Zusammenhang wurde festgestellt, dass, sobald die neue COST-Geschäftsstelle eingerichtet ist, Vorschläge zur Verlängerung von Aktionen gegen Ende einer Aktion zusammen mit einer Begründung zur Billigung vorgelegt werden sollten.

6. MANDAT DES JAF-VORSITZES/STELLVERTRETENDEN AHB-VORSITZES

Der Vorsitzende erinnerte den Ausschuss daran, dass das Mandat des derzeitigen JAF-Vorsitzes im Oktober 2003 ausläuft. Es wurde die Möglichkeit angesprochen, das derzeitige Mandat während der Übergangszeit zu verlängern, falls es keine Bewerber geben sollte.

Damit hierzu auf der nächsten AHB-Tagung im Oktober ein Beschluss gefasst werden kann, bat der Vorsitzende die Delegationen, dem Ratssekretariat Bewerbungen für den JAF-Vorsitz/stellvertretenden AHB-Vorsitz bis 12. September 2003² per E-Mail zukommen zulassen.

7. INFORMATIONEN ÜBER DIE GEMEINSAME TAGUNG COST-EWS

Der Vorsitzende der JAF-Gruppe berichtete, Kontakte mit den Ständigen Ausschüssen der EWS hätten ergeben, dass die Initiative einer gemeinsamen Tagung am 2. Oktober begrüßt wird; erste vorläufige Angaben zur Teilnahme seien bereits eingegangen.

Der italienische Delegierte, Prof. Fedi, wies darauf hin, dass das Hauptziel dieser Tagung ein Zusammentreffen mit den Ständigen Ausschüssen der EWS sei; die Vorsitzenden der Technischen Ausschüsse von COST würden die geplante gemeinsame Tagung nachdrücklich unterstützen.

Der Vorsitzende schloss die Aussprache mit der Feststellung, dass die Abhaltung der gemeinsamen Tagung am 2. Oktober breiten Rückhalt findet. Bezüglich der Teilnahme wurde beschlossen, dass die verschiedenen Leitungsgremien der EWS in dieser Phase nicht mit einbezogen werden sollten. Der Vorsitzende der JAF-Gruppe wurde ersucht, die Vorbereitungen - erforderlichenfalls in Absprache mit Prof. Fedi - fortzusetzen.

8. SONSTIGES

- Der Ausschuss beschloss, den Vertrag von Herrn Gérard RIVIERE, dem französischen abgeordneten nationalen Sachverständigen im COST-Sekretariat, um sechs Monate zu verlängern (1.10.2003 - 31.3.2004).

Der Vorsitzende wies darauf hin, dass die Modalitäten der Abordnung unverändert bleiben; es sei lediglich eine monatliche Entschädigung aus COST-Mitteln bereitzustellen. Er dankte den französischen Behörden dafür, dass sie der Verlängerung des oben genannten Vertrags zu diesen Bedingungen zugestimmt haben.

² Bis zu diesem Zeitpunkt ist beim Sekretariat die Bewerbung der Tschechischen Republik eingegangen, die Herrn Milos Chovjka vorschlägt.

- Die slowakische Delegation erinnerte an die Einladung ihres Ministers, die AHB-Tagung am 4. und 5. Dezember 2003 in Bratislava abzuhalten. Die Vorbereitungen für die Tagung seien im Gange und die COST-Delegationen würden noch ausführliche Informationen erhalten.

- Die schweizerische Delegation berichtete, dass auf der NanoFair-Konferenz am 9.-11. September 2003 für die Präsentation der COST-Tätigkeiten in diesem Bereich eine Redezeit von einer Stunde eingeplant wurde.

- Auf eine Frage der polnischen Delegation hin berichtete der Vertreter der Kommission über den Stand bezüglich der 5 Mio. EUR (aus Beiträgen von Drittländern zum 5. Rahmenprogramm), die für die Deckung der während der Übergangszeit anfallenden Ausgaben vorgesehen sind. Neue Mittelbindungen würden laufend vorgenommen, ihr derzeitiger Umfang werde auf rund 60 % des Gesamtbetrags geschätzt.

Die Kommission wird auf der kommenden JAF/SIG-Sitzung im September Statistiken über die laufenden und zu Ende gehenden COST-Aktionen vorlegen.

List of participants

CHAIRMAN: Mr Gösta DIEHL

- AUSTRIA** : Ms Helga MIELING
Federal Ministry for Transport, Innovation and Technology

Mr. Florian LORENZ
Federal Ministry of Foreign Affairs
- BELGIUM** : Mr Hendrik MONARD
OSTC
- CROATIA** : Mr Bozidar BIONDIC
Institute of Geology
- CYPRUS** : Ms Georgiana GEORGIOU
Mission of Cyprus to the EU
- DENMARK** : Mr Gorm BRAMSNAES
Ministry of Science, Technology and Innovation
- ESTONIA** : Ms Ülle MUST
Archimedes Foundation
- FINLAND** : Ms Eili ERVELÄ-MYREEN
Academy of Finland
- FRANCE** : Mr Bertrand BOUCHET
Permanent Representation of France to the EU
- GERMANY** : Mr Helmut LÖWE
Federal Ministry of Education and Research
- GREECE** : Mr John G. BARTZIS
NCSR Demokritos
- HUNGARY** : Ms Márta KISS MARJAY
Ministry of Education
- IRELAND** : Mr Liam BRADLEY
Enterprise Ireland

Ms Mary GRANT
Dept Enterprise, Trade and Employment

ITALY : Mr Francesco FEDI
Ministry of Education, University and Research

Mr Fabio FIORENTINO
Ministry of Education, University and Research

NETHERLANDS : Mr Dick SCHOOREL
SENER/EG-Liaison

NORWAY : Mr Jan ASKEROI
Ministry of Trade and Industry

POLAND : Mr Marek ZDANOWSKI
Ministry of Scientific Research
and Information Technology

PORTUGAL : Ms Maria Fernanda SOUTO SEPULVEDA
GRICES

SERBIA AND MONTENEGRO: Mr Dragan MILUTINOVIC
COST National Coordinator

SLOVAKIA : Ms Sona STRAKOVA
Ministry of Education

SLOVENIA : Ms Marija SKERLJ
Ministry of Education, Science and Sport

SPAIN : Mr Esteban MANRIQUE REOL
Ministry of Science and Technology

Mr Julio GUZMAN RODRIGUEZ
Ministry of Science and Technology

SWEDEN : Mr Stefan CAIREN
Ministry of Industry and Trade

SWITZERLAND : Ms Eva KLAPER
BBW

UNITED KINGDOM : Mr Chris DARBY
Department of Trade & Industry

Mr Chris REILLY
Department of Trade & Industry

COMMISSION

: Mr Robert Jan SMITS
DG Research

Mr Markku WARRAS
DG Research

Mr. Wolfgang OBERT
DG Research

Mihail PASCU
DG Research

Mr. Emil FULAJTAR
DG Research

Mr. Günter SIEGEL
DG Research

Mr. Denis NEIBECKER
DG Research

Mr. Jan SPOUSTA
DG Research

Mr. Pavol NEJEDLIK
DG Research

Mr. Arne BEEN
DG Research

Ms. Bjorg OFSTAD
DG Research

Mr. Petrus LADISLAV
DG Research

Mr. Bouktje STOL
DG Research

Ms. Anna DANTI
DG Research

Mr. John WILLIAMS
DG Research

Mr. Ilias SAMARAS
DG Research

Mr. Klaus PITHAN
DG Research

**EUROPEAN SCIENCE
FOUNDATION**

: Mr Tony MAYER
Head of Secretary General's Office

COUNCIL SECRETARIAT

: Mr Erwin van RIJ
DG "C"

Ms Ulla MESIÄ
DG "C"

Mr Gérard RIVIERE
DG "C"

**ITALIENISCHER VORSITZ DES RATES DER EUROPÄISCHEN UNION
PRIORITÄTEN IM FORSCHUNGSBEREICH**

Ziel des Prozesses von Lissabon ist es, die europäische Wirtschaft zu modernisieren, indem Flexibilität und Integration verstärkt, Forschung und neue Technologien gefördert sowie mehr und bessere Arbeitsplätze für die europäischen Bürger geschaffen werden. Diesem Ziel müssen neue Impulse verliehen werden.

Daher wird der italienische Vorsitz den folgenden Maßnahmen Priorität einräumen:

- a) Steigerung der Investitionen in Forschung und Innovation mit breit angelegter und vorrangiger Beteiligung von KMU;
- b) Weiterentwicklung und Diversifizierung der Kompetenzzentren und ihrer Netze im Hinblick auf einen disziplinübergreifenden Ansatz bezüglich des Europäischen Forschungsraums;
- c) Gewährleistung angemessener Ausbildung und Mobilität der Forscher, mit besonderem Augenmerk auf der Laufbahnentwicklung und auf der Beteiligung von Frauen in der Wissenschaft.

Um das Ziel einer Steigerung der F&E-Investitionen auf 3 % des BIP bis 2010 zu erreichen - wobei zwei Drittel der Gesamtausgaben für F&E aus privaten Mitteln finanziert werden sollen - müssen die EU und die Mitgliedstaaten in zwei Phasen vorgehen: Zuerst müssen die öffentlichen Investitionen gesteigert werden, um private Finanzierungsquellen zu erschließen, und dann, sobald die privaten Investitionen ein wesentliches Niveau erreicht haben, muss die Bereitstellung öffentlicher Mittel schrittweise abgebaut werden.

Zur Verwirklichung dieser Ziele hat der italienische Vorsitz spezifische Initiativen und Fachkonferenzen in das Programm des Vorsitzes aufgenommen.

Informelle Tagung der für Wettbewerbsfähigkeit zuständigen Minister (11./12. Juli 2003 in Rom)

Die italienische Regierung wird im Rahmen ihres Vorsitzes den vom Europäischen Rat (Sevilla) getroffenen Beschlüssen neue Impulse verleihen; dabei sollen unterschiedliche Politikbereiche miteinander verzahnt und die Basis für einen wirklichen und handlungsfähigen Rat "Wettbewerbsfähigkeit" geschaffen werden, der in der Lage ist, Forschungsfragen mit den vom Markt bestimmten Erwartungen der Industrie zu kombinieren.

Auf der informellen Tagung der für Wettbewerbsfähigkeit zuständigen Minister sind zum ersten Mal europäische Entscheidungsträger aus den Bereichen Forschung, Industrie und Binnenmarkt zusammengekommen, um zu erörtern, welche Politik Europa braucht, um im globalen Markt wettbewerbsfähig zu sein.

Die Technologiezentren, die von einigen Mitgliedstaaten eingerichtet wurden, um - in Zusammenarbeit mit Hightech-Unternehmen, Hochschulen, Forschungseinrichtungen, Finanzsektor und Gebietskörperschaften - die Einführung und Verbreitung innovationsorientierter Technologien in kleinen und mittleren Unternehmen zu unterstützen, könnten aufgrund der damit gewonnenen positiven Erfahrungen als Modell für die räumliche Entwicklung dienen.

Im Rahmen der informellen Tagung war der italienische Vorsitz bestrebt, gemeinsame Ziele und einheitliche Instrumente für eine Steigerung der F&E-Investitionen zu bestimmen; Grundlage dafür war der Vorschlag des italienischen Vorsitzes für eine EntschlieÙung zum Thema **"Investitionen für Forschung und Entwicklung in KMU: Zielmarke 3 % des europäischen BIP"**.

Konferenz "Kompetenznetze: die großen Forschungsinfrastrukturen" (21./22. November in Triest)

Ziel dieser Fachtagung ist es, die Frage der Kompetenznetze in Verbindung mit dem Europäischen Strategieforum für Forschungsinfrastruktur (European Strategy Forum on Research Infrastructure - ESFRI) zu analysieren.

Die Fortschritte dieser Initiativen sollen bewertet werden, damit geeignete Maßnahmen zur Konsolidierung und Weiterentwicklung der Forschungsinfrastruktur im Hinblick auf die EU-Erweiterung vorgeschlagen werden können. Der italienische Vorsitz beabsichtigt, die Konferenzergebnisse in eine Erklärung über "Kompetenznetze und -zentren: die großen Forschungsinfrastrukturen" einzuarbeiten.

Konferenz "Die Forscherlaufbahn im Europäischen Forschungsraum"

(18. Juli in Florenz)

Zentrales Thema dieser Fachkonferenz ist die Harmonisierung der Forscherlaufbahn innerhalb des Europäischen Forschungsraums.

Auf der Konferenz soll die vorgeschlagene Strategie erörtert werden, mit der günstige Rahmenbedingungen für die Mobilität der Forscher innerhalb des Europäischen Forschungsraums geschaffen werden sollen, um hoch qualifizierte Forscher und Innovationsträger zu fördern, anzuwerben und zu binden.

Ziel der Konferenz ist es, den Weg für ein offizielles Papier zu ebnen, das als Grundlage für eine Entschließung über "Die Forscherlaufbahn im Europäischen Forschungsraum" dient, die dem Rat im November vorgelegt werden soll.

Konferenz "Frauen, Wissenschaft und Gesellschaft"

(3.-5. Dezember in Rom)

Der Schwerpunkt der Konferenz wird darauf liegen, dass im Zuge der Bemühungen, ein ausgewogeneres Verhältnis zwischen Wissenschaft und Gesellschaft zu entwickeln, auf eine größere Beteiligung von Frauen an der wissenschaftlichen Forschung hingearbeitet werden muss.

Es gibt noch immer zu viele Hindernisse und zu viele Stereotypen, die Frauen von der Wissenschaft fernhalten und sie somit davon abhalten, im Interesse eines stärkeren sozialen Zusammenhalts einen größeren Beitrag in allen Bereichen von Politik, Gesellschaft und Wirtschaft zu leisten.

Die Grundüberlegung der Konferenz besteht darin, dass dies nicht nur eine Frage der Gleichstellung der Geschlechter ist, sondern ein entscheidender Faktor für die Verwirklichung der folgenden strategischen Ziele im Rahmen der Strategie von Lissabon und der Schaffung eines Europäischen Forschungsraums: Entwicklung von Humankapital, Steigerung der Innovation, Wettbewerbsfähigkeit und Attraktivität des europäischen Forschungssystems.

Auf der Konferenz wird die Forschungsaktivität von Frauen - wie jüngst von der Kommission und der Helsinki-Gruppe - unter spezifischem Blickwinkel analysiert, und zwar: Kompetenz, Innovation und Interdisziplinarität der Kenntnisse und sichtbare Präsenz von Frauen in der Forschungswelt.

Das eigentliche Ziel dieser Konferenz, das in die Schlussfolgerungen des Vorsitzes aufgenommen werden könnte, ist ein Frauenanteil von 40 % auf den verschiedenen Ebenen und in den verschiedenen Aufgabenbereichen der Forschung.

ERKLÄRUNGEN

7. Die österreichische Delegation hat folgende Erklärung abgegeben:

- Die einschlägigen Beschlüsse wurden von den COST-Ministern auf der COST-Ministerkonferenz in Dubrovnik - wie in der Erklärung von Dubrovnik festgehalten - getroffen und bilden somit die Grundlage für das weitere Vorgehen.
- Die COST-Mitgliedstaaten sind nicht selbst Vertragsparteien, da der Vertrag ausschließlich zwischen der Europäischen Kommission und der Europäischen Wissenschaftsstiftung geschlossen wird und dem AHB nicht in seiner vollständigen und endgültigen Fassung zur Kenntnis gebracht wurde.

Angesichts dieser Sachlage besteht für Österreich als COST-Mitgliedstaat kein Bedarf, seine Zustimmung zu dem vorgeschlagenen Vertragstext zu erteilen, da es nicht Vertragspartei ist.

8. Die italienische Delegation erklärt, dass die Beschreibung von COST im technischen Anhang nicht angemessen ist und den überragenden Verdiensten von COST nicht Rechnung trägt. Die Wissenschaft nutzt COST seit über 30 Jahren als einzigartiges Rahmenwerk für die Forschungszusammenarbeit auf europäischer Ebene, und zwar auch nach der Einführung anderer Forschungsinitiativen wie der EWS, der Rahmenprogramme oder EUREKA. Die stete Zunahme der Zahl der COST-Aktionen von 7 Aktionen im Jahr 1971 auf rund 200 Aktionen im Jahr 2000 ist ein deutliches Zeichen für die Vitalität von COST. Gleichzeitig mit der Quantität ist auch die Qualität der Ergebnisse auf ein hohes Niveau gestiegen. Italien ist überzeugt, dass der Erfolg von COST auf seine Besonderheiten zurückzuführen ist; dazu zählen nicht nur der Bottom-up-Ansatz oder die Teilnahme nach dem A-la-carte-Prinzip, sondern auch die Spontanität, die Flexibilität und der gleichberechtigte Zugang. Folglich wird sich Italien - auch wenn es gewisse Reformen zur Steigerung der Effizienz von COST für erforderlich hält - jeder Änderung widersetzen, die darauf abzielt, auf diese Besonderheiten zu verzichten und COST in ihrem Wesen zu ändern.

Dessen ungeachtet möchte sich Italien der Unterzeichnung des Vertrags zwischen der Kommission und der EWS nicht in den Weg stellen, da sich eine Verzögerung nachteilig auf die COST-Aktionen auswirken würde, die aufgrund der Entscheidung der GD "Forschung" der Kommission, nicht mehr das wissenschaftliche Sekretariat für COST zu stellen, und der Unsicherheiten bezüglich der anschließenden Übergangszeit ohnehin bereits gefährdet sind. Italien erkennt andererseits zwar an, dass einige seiner früheren Bemerkungen berücksichtigt wurden und dass der technische Anhang zahlreiche positive Aspekte enthält, es kann aber nicht darüber hinwegsehen, dass einige der Vorschläge im technischen Anhang zum Vertrag nicht im Einklang mit der Erklärung von Dubrovnik und dem Geiste, der Tradition und den Wesensmerkmalen von COST stehen. **Daher unterstützt Italien den Vorschlag für einen Vertrag ("Proposal for a Grant: COST 2003-2007") mit den oben genannten Vorbehalten und unter der verbindlichen Bedingung, dass jede einzelne "Reform" der derzeitigen Verfahren von COST dem AHB vorgelegt und von diesem ausdrücklich gebilligt werden muss und dass eine Weiterführung des Vertrags nach den ersten 18 Monaten nur möglich ist, wenn der AHB eine positive Bewertung abgegeben hat.**

9. Die ungarische Delegation erklärt, dass Ungarn es als eine große Chance für die EWS und für COST betrachtet, echte Synergien und eine intensive Zusammenarbeit in den Bereichen, in denen sie gemeinsame Interessen haben, zu entwickeln.

Nach Auffassung der ungarischen Delegation enthält der vorgeschlagene Anhang jedoch Regelungen, die die COST-Zusammenarbeit grundlegend ändern könnten (z.B. die künftige Aufsichtsrolle des AHB, die Einrichtung von Kerngruppen für die Verwaltungsausschüsse, die im Namen der Verwaltungsausschüsse handeln sollen, usw.). Es ist zu bedenken, dass COST seit der Gründung nicht nur die Vernetzung der wissenschaftlichen und technischen Forschung erfolgreich vorangetrieben hat, sondern die steigende Anzahl von COST-Aktionen zeigt, dass die europäische Forschungsgemeinschaft diese Art der Zusammenarbeit braucht. Ungarn hält es für sehr wichtig, dass die COST-Zusammenarbeit ihre eigene Identität, ihre eigenen Merkmale und Vorzüge sowie ihren einzigartigen Beitrag zum Europäischen Forschungsraum beibehält. Daher sollten alle Vorschläge der EWS, die auf eine Änderung der Struktur von COST abzielen, der Billigung durch den AHB unterliegen.

Die ungarische Delegation vertritt bezüglich der vorgeschlagenen Aufsichtsrolle des AHB folgenden Standpunkt:

COST ist angelegt als zwischenstaatliche Zusammenarbeit und der AHB setzt sich aus den Vertretern der Regierungen zusammen. Die Forschungsarbeiten im COST-Rahmen werden einzelstaatlich finanziert. Die vorgeschlagene Aufsichtsrolle stellt eine Einschränkung der Aufgaben im Vergleich zur derzeitigen Rolle des AHB dar. Folglich sollte der AHB das Hauptentscheidungsgremium von COST bleiben. Etwaige Beschlüsse zur Übertragung

bestimmter Aufgaben des AHB sollten nur nach Zustimmung der Mitglieder des AHB getroffen werden.

Ungarn beabsichtigt nicht, sich der Unterzeichnung des Vertrags zwischen der Kommission und der EWS in den Weg zu stellen, bittet aber darum, dass die angeführten Überlegungen zur Kenntnis genommen werden.

10. Die portugiesische Delegation erklärt, dass sie die Erklärung der italienischen Delegation unterstützt.

Wie Ungarn ist auch die portugiesische Delegation nicht mit der Einschränkung der Rolle des AHB im COST-Prozess einverstanden. Der AHB muss das Entscheidungsgremium von COST bleiben und darf nicht auf eine Aufsichtsfunktion beschränkt werden. Nach Ansicht der portugiesischen Delegation muss die COST-Zusammenarbeit ihre eigene Identität und ihre eigenen Merkmale zum Nutzen des Europäischen Forschungsraums behalten.

Die portugiesische Delegation ist nicht einverstanden mit dem im Modus Operandi der EWS vorgesehenen "Wettbewerb" zwischen Vorschlägen für COST-Aktionen. Die Qualitätskontrolle der ausgewählten Aktionen kann ihrer Auffassung nach weiterhin nach dem herkömmlichen COST-Verfahren erfolgen.

11. Die französische Delegation hat folgende Erklärung abgegeben:

- a) Frankreich protestiert dagegen, dass es auf dieser Tagung des Ausschusses Hoher Beamter keine Simultanübersetzung auf Französisch gab.

Zum Entwurf des Vertrags zwischen der Europäischen Kommission und der Europäischen Wissenschaftsstiftung zur Übertragung der Sekretariatsaufgaben von COST bemerkt Frankreich Folgendes:

- b) Frankreich weist auf den zwischenstaatlichen Charakter von COST hin, der nicht beeinträchtigt werden sollte, wenn ein anderes Gremium für das wissenschaftliche Sekretariat verantwortlich ist. Daher sollte die Entscheidungsbefugnis beim Ausschuss Hoher Beamter, in dem die COST-Mitgliedstaaten vertreten sind, bleiben.

Frankreich möchte darauf hinweisen, dass der Vertreter der Europäischen Wissenschaftsstiftung auf der Tagung des AHB eingewilligt hat, den der Kommission vorgelegten Vertragsentwurf dahin gehend zu ändern, dass der AHB weiterhin das strategische Entscheidungsgremium von COST bleibt.

Der AHB hat ferner den Vorschlag gebilligt, in das Protokoll der Tagung vom 14. Juli 2003 den Hinweis aufzunehmen, dass diese strategische Entscheidungsrolle bedeutet, dass "alle einschlägigen Änderungen der Arbeitsmethoden oder Verfahren von COST vom Ausschuss Hoher Beamter gebilligt werden müssen".

- c) Folglich können die im Entwurf des Vertrags zwischen der Europäischen Kommission und der EWS enthaltenen Vorschläge, wie z.B. hinsichtlich der Auswahl von Vorschlägen die umfassende Einführung von Ausschreibungen und Aufrufen zur Einreichung von Vorschlägen, nur mit Billigung des Ausschusses Hoher Beamter angenommen werden.
